

Materialien zum Fachkongress 7

Fortschritt für die 90er:

**Moderne Technik
in einer humanen
Arbeitswelt.**

Rudolf Dreßler MdB

(stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion)

"Humanisierung in modernen Zeiten"



SPD

C95-01256

Aus einem Beschluß des Bundeskongresses der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im März 1986 zitiere ich folgende Sätze:

"Ziel sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik ist eine dynamische, möglichst vielfältige und solidarische Gesellschaft, die dem Einzelnen ein Höchstmaß an wirklichen Freiheiten und an Lebensqualität bietet." Und weiter heißt es, daß es zu den Aufgaben der Politik gehöre, "den Rahmen für einen möglichst großen, zugleich wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt vorzugeben".

Eine dynamische und vielfältige Gesellschaft ist ganz selbstverständlich auf national und international erfolgreiche Unternehmen, auf einen beständigen Modernisierungsprozeß der gesamten Wirtschaft und auf einen funktionierenden Wettbewerb angewiesen.

Ich füge hinzu: bei allem Reden über politisches Handeln: Ein ganz überwiegender Teil des Marktgeschehens und des Strukturwandels vollzieht sich auch heute ohne direkte politische Eingriffe - und kein vernünftiger Mensch wird das in der Substanz da verändern wollen, wo wir alle mit den Ergebnissen zufrieden sind.

Wenn ich also über Herausforderungen rede, dann beschränke ich mich auf Bereiche, in denen in der einen oder anderen Weise politisches Handeln geboten ist; natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Wertet man allein die unbestreitbare Tatsache, daß wir als ein kleines Land im Herzen Europas die Weltmeister im Export von Gütern verschiedenster Art sind, dann könnte man sich beruhigt zurücklehnen - und bestimmte Teile der Politik hier in Bonn tun das ja auch. In einer Veranstaltung wie der heutigen kann es nicht um fertige Rezepte und um umfassende Lösungen gehen. Wohl aber geht es um den Charakter, den nach unserer Auffassung eine moderne, zukunftsgerechte Politik für Arbeit, Wohlstand und Konkurrenzfähigkeit haben muß.

Politisches Handeln oder Unterlassen - egal, welche Variante gewählt wird, Politik ist in jedem Fall Gestaltung. Aber nach unserer Überzeugung ist Politik ohne aktiven Gestaltungswillen unvereinbar mit einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat.

Es ist doch gerade der Anspruch der Demokratie, über demokratische Willensbildungsprozesse und über demokratisch legitimierte politisches Handeln die Gestaltungsdefizite der einzelnen Teilnehmer am Wirt-

schaftsgeschehen in einer Gesellschaft auszugleichen. Deshalb ist der politische Versuch, eine bessere Zukunft zu beschreiben und die Weichen in eine bessere Zukunft zu stellen, nicht eine Anmaßung der Politik. Nein, die Politik hat die Aufgabe, gestalten zu wollen.

Gibt die Politik keine Impulse, dann verharrt die Volkswirtschaft auf dem Status quo. Wenn Neues, auch neue Arbeitsplätze, entstehen soll, dann muß die Politik Aufgaben stellen.

Aber sie kann und darf ihre Aufgabe natürlich nicht willkürlich bestimmen oder von kurzfristigen und deshalb auch meist kurzsichtigen Einzel- und Gruppeninteressen diktieren lassen.

Es gilt, die Aufgaben an absehbaren Notwendigkeiten zu orientieren. Und es kommt darauf an, die eingeschlagenen Wege dorthin möglichst nah an den tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten einer Gesellschaft zu orientieren. Nicht zuletzt deshalb muß es einen ständigen und intensiven Dialog zwischen der Politik und allen wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen geben.

Ich will versuchen, an drei beispielhaften Fällen deutlich zu machen, was handlungs- und verant-

wortungsbereite Politik in den nächsten Jahren bedeuten kann. Es geht

1. um die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft,
2. um eine sinnvolle Steuerung der Forschungs- und Entwicklungspolitik,
3. um qualifizierte Arbeit.

Insgesamt geht es um drei eng miteinander verbundene Bereiche.

Unsere Volkswirtschaft ist nach wie vor in ihrem Kern eine Industriegesellschaft. Und wenn wir in unseren diversen statistischen Abgrenzungen dahin kommen würden, den sogenannten Dienstleistungssektor sachgerechter zu unterscheiden, dann müßte ein großer und wachsender Bereich von Dienstleistungen eigentlich dem industriellen Sektor zugeordnet werden. Es würde damit deutlich, daß wir viel mehr noch als mancher glauben mag, Industriegesellschaft sind.

Nichts spricht nach meiner Einschätzung dafür, daß sich das in absehbarer Zeit grundlegend ändern wird. Insoweit ist der vor allem in politischen Kreisen geträumte Traum von der sogenannten Dienstleistungsgesellschaft ziemlich wertlos. Wird er gar zur Handlungsanleitung für Politik, ist er sogar gefährlich.

Es muß zu den Aufgaben der Politik gehören, die Voraussetzungen für die Existenz der industriellen Produktion zu erhalten und zu sichern.

Eine der Voraussetzungen dafür ist ohne Zweifel den Rahmen zu finden, in dem die industrielle Produktion nicht ihre eigene Existenzfähigkeit gefährdet. Dazu gehört die Sicherung und Reparatur unserer Umwelt, die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Ich habe zu Beginn von einem dreifachen Fortschritt gesprochen. Wendet man diesen Maßstab an, dann wird klar, daß in der Vergangenheit das Ziel des ökologischen Fortschritts nicht nur vernachlässigt wurde, es war überhaupt kein Ziel politischen und wirtschaftlichen Handelns. Und das gilt eigentlich seit dem Beginn der Industrialisierung.

All das, was in Zukunft an Umweltbelastungen, an Arbeit zur Reparatur unserer Umwelt und auch an

finanziellen Lasten auf diesem Feld auf uns zukommt, ist die Quittung dafür.

Zurück zur Umweltproblematik. Es gibt letztlich zwei Handlungslinien, die uns offenstehen:

1. Jeder Akteur, egal, ob privates Unternehmen oder staatliche Instanzen, jeder handelt erst dann und nur dann, wenn akuter und unabwendbarer Handlungsdruck entstanden ist. Mit einer grundlegenden Modernisierung der Industriegesellschaft hat das nichts zu tun. Insgesamt wird sich der Zustand unserer Umwelt, bei dieser Art von Umweltpolitik, weiter verschlechtern. Damit ist die derzeit vorherrschende Handlungslinie beschrieben. Das heißt: auch international bewegen wir uns im Geleitzug der Industriestaaten - ohne besondere Belastung, aber auch ohne besondere Vorteile.
2. Die zweite Handlungslinie ist verknüpft mit dem Anspruch einer grundlegenden ökologischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft. Sie ist verbunden mit der Absicht, Arbeit und Umwelt konstruktiv miteinander zu verbinden.

Nichts spricht gegen die Annahme, daß alle Umweltprobleme die wir haben und absehen können, andere Industrie- und Schwellenländer auch

haben oder in absehbarer Zeit bekommen werden.

Wenn dieser Befund unbestritten ist - und er dürfte nur schwer zu bestreiten sein -, dann kann es daraus nur eine Schlußfolgerung geben:

Wir müssen den scheinbaren Nachteil unserer immer drängender werdenden Umweltprobleme und des gewachsenen Umweltbewußtseins in der Bevölkerung in einen strategischen Vorteil für unsere Volkswirtschaft wenden. Auf mittlere Sicht wird diejenige Industrienation, die nicht nur die modernsten, leistungsfähigsten und intelligentesten Produkte anzubieten hat, sondern zugleich auch die umweltverträglichsten Produkte und Verfahren anbietet, einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil haben. Es wird ein zusätzliches qualitatives Element in den internationalen und nationalen Wettbewerb einfließen.

In der jetzigen Phase der Entwicklung kann es aber im wesentlichen allein die Politik sein, die diesen Zukunftsmarkt eröffnet. Es muß jetzt die öffentliche Nachfrage und die öffentlich veranlaßte Nachfrage entfaltet werden, um in Zukunft die internationale Nachfrage befriedigen zu können.

Und deshalb sind unsere Vorstellungen von konsequenter und vor allem dynamischer Umweltschutzgesetzgebung und unser Programm "Arbeit und Umwelt" nicht der Ausfluß einer wie auch immer begründeten Umwelthysterie oder "alte Ladenhüter", sondern sie sind vorausschauende Industriepolitik. Eine Industriepolitik, die sich an den spezifischen Strukturen unserer Volkswirtschaft orientiert.

Unsere Wettbewerbsfähigkeit beruht nicht auf großen Binnenmärkten, sie beruht auch nicht auf einem Pentagon-Etat, der ganz überwiegend die Forschungs- und Entwicklungskosten in weiten Teilen der Wirtschaft trägt. Unsere Wettbewerbsfähigkeit kann auch in Zukunft nicht durch ein Sozialdumping gesichert werden. Wir werden auch in der Zukunft auf die möglichst intelligente und flexible Anwendung moderner Technik in kleinen, mittleren und großen Serien setzen müssen. Es wird auf die Sicherung der Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der vielen kleinen und mittleren Unternehmen ebenso ankommen, wie auf die Dynamisierung manchen Großkonzerns.

Für den Umweltbereich heißt das: Intelligente Verwendung neuester Technik, breiter Einsatz von

Mikroelektronik, Biotechnologien, und vielem anderen mehr.

Hinter dem Anspruch einer ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft steht eine umfassende Herausforderung für Wissenschaft, Technik und Management in nahezu allen Bereichen unserer Wirtschaft. Es ist gerade nicht eine isolierte Strategie für einzelne Branchen oder Produkte, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. Herauskommen muß ein breites Angebot unterschiedlicher Techniken und Verfahren - ein Angebot, mit dem unsere Unternehmen sich diesen Zukunftsmarkt sichern können.

In einer solchen industriepolitischen Konzeption, die alles andere als technikfeindlich ist, haben nicht allein Wissenschaftler und Ingenieure oder erfolgreiche Manager eine Schlüsselfunktion. Hier kommt einer breiten und zeitgerecht qualifizierten Arbeitnehmerschaft eine besondere Bedeutung zu.

Am Beispiel der Umweltpolitik kann deutlich gemacht werden, daß wir für unsere Volkswirtschaft Strategien brauchen, die auf Vielfalt, statt Einfalt und auf breite Technikanwendung und -entwicklung setzen. Unsere Strategien müssen sich an dem orientieren, was in der

Vergangenheit und Gegenwart "Made in Germany" ausmacht.

Deshalb halten wir auch politische Strategien für falsch, die versuchen, Strategien wie in den USA oder in Japan zu kopieren. Genau beobachten und verarbeiten: das ja. Aber kopieren: nein. Die Kopie ist selten besser als das Original. Und ob das Original auf mittlere Sicht sehr erfolgreich ist, sei auch noch dahingestellt.

Aber die Verwirklichung dieser an unseren volkswirtschaftlichen Strukturen orientierten Vorstellungen ist an Voraussetzungen geknüpft. "Made in Germany" ist an eine anwendungs- und marktorientierte Verknüpfung moderner Technik mit qualitativ hochwertiger Arbeit gebunden. Der auch internationale Erfolg vieler Unternehmen ist eng verbunden mit einer im internationalen Vergleich hervorragend qualifizierten und motivierten Arbeitnehmerschaft - was übrigens auch viel mit der immer wieder beklagten Einkommenssituation der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland zu tun hat.

Einen ganz wesentlichen Beitrag zum ökonomischen Erfolg in der Vergangenheit hat die berufliche Bildung geleistet. In nicht wenigen konkurrierenden Industriestaaten wurden und werden wir darum

beneidet. Menschliche Arbeit ist bei uns teuer - unbestritten. Aber die Arbeit ist doch ganz offensichtlich ihren Preis wert - anders ist ja wohl der dauerhafte internationale Erfolg der Unternehmen nicht zu erklären.

Wenn es also das gemeinsame Ziel ist, die Dynamik und die Vielfalt unserer Volkswirtschaft zu erhalten, wenn es ein gemeinsames Ziel ist, auf vielen Märkten, in vielen Branchen mit intelligenter Technikanwendung und mit Qualität den Erfolg zu sichern, dann muß der Qualitätsvorsprung des Faktors Arbeit gesichert und ausgebaut werden! Denn das ist unser Rohstoff. Mit ihm steht und fällt unsere Volkswirtschaft.

Und damit bin ich am Kern unseres heutigen Themas. Seit einigen Jahren gibt es eine intensive Diskussion über die Modernisierung unserer Volkswirtschaft und über den sich beschleunigenden technischen Wandel. In neue Technik aller Art wird beständig investiert, aber die gesamtwirtschaftlichen Investitionen in den Faktor Mensch hält damit nach meiner Überzeugung nicht annähernd Schritt. Kürzungsversuche beim Programm Humanisierung des Arbeitslebens sind dabei nur ein Indiz. Die gestoppte Qualifizierungsoffensive ein anderes.

Mängel gibt es in der beruflichen Erstausbildung. Wenn angesichts der demographischen Entwicklung und unserer volkswirtschaftlichen Strukturen tausende von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Berufen ausgebildet werden, für die es in absehbarer Zeit keinen neuen Bedarf gibt, dann ist das auf mittlere Sicht eine bittere Fehlinvestition!

In der Metallbranche hat es gut 10 Jahre gedauert, bis die Berufsbilder neu geordnet waren. Ich erlaube mir kein Urteil darüber, wer dafür die Verantwortung trägt. Aber darf ein solcher Prozeß wirklich 10 Jahre dauern - und in welchen Abständen muß er dann vollzogen werden?

Was heißt es eigentlich, wenn der Ausbildungsleiter eines Großkonzerns das technische Niveau der Berufsschulen so charakterisiert: "Unsere Auszubildenden fühlen sich dort wie in einem Industriemuseum." Für die Auszubildenden aus einem Konzern ist das ein weit geringeres Problem, als für die Auszubildenden, die das Pech haben, in einem Unternehmen ausgebildet zu werden, das auch nicht annähernd auf dem letzten Stand der Technik ist. Denn so wird der personelle Engpaß für die Modernisierung dieser Unternehmen vorprogrammiert!

Vor allem aber: Was machen wir auf Dauer mit denen, die vor 10 Jahren ausgebildet wurden? Was passiert mit den heute Ausgebildeten in 10 oder 15 Jahren?

Selbstverständlich gibt es die Schlagworte vom lebenslangen Lernen, von der Fort- und Weiterbildung. Aber in Wirklichkeit stehen wir in diesen Bereichen ganz am Anfang!

Wir können uns jedoch eine Fortsetzung des Ex- und Hoppungsgangs mit der Qualifikation der Arbeitnehmer nicht leisten. Wir können es uns gesellschaftspolitisch nicht leisten und wir können es uns volkswirtschaftlich nicht leisten.

Wir brauchen einen vernünftig organisierten, gleichermaßen an Unternehmens- und Arbeitnehmerinteressen orientierten Investitionsprozeß in die Qualifikation der Arbeitnehmerschaft.

Die Arbeitnehmer sind darauf ebenso angewiesen, wie die Unternehmen.

Wenn bei heutigem technischem Niveau und Tempo mehr als 300 Milliarden DM jährlich investiert werden und dem nach eigenen Angaben der Unternehmensverbände Investitionen von 10 Milliarden DM in den

Faktor Arbeit gegenüberstehen, dann ist das ein Mißverhältnis.

Zwei Millionen Arbeitnehmer jährlich in betrieblicher Weiterbildung: das sind 20 Millionen ohne Weiterbildung. 20 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren erworbene Qualifikation genutzt wird, ohne etwas für die Erhaltung ihrer Qualifikation für die Zukunft zu tun.

Meine Damen und Herren, ich bezweifle, daß dies so bleiben kann. Und ich bezweifle, ob wir einen Weg gehen können, der darauf setzt, erst im Stadium der Arbeitslosigkeit eine von der Allgemeinheit finanzierte Nach- und Umqualifizierung vorzunehmen. Dies ist unvernünftig. Wir brauchen einen beständigen Investitionsprozeß in die Qualifikation der Arbeitnehmer, der angepaßt ist an den beständigen strukturellen und technischen Wandel. Von einem solchen Prozeß verspreche ich mir zugleich eine steuernde und gestaltende Wirkung auf den Charakter der Technikentwicklung und Technikanwendung.

Zentralisierte, hierarchisierte Technikanwendung wird ebenso unsinnig wie zerstückelte Arbeitsabläufe ohne Handlungskompetenz, wenn in die Arbeitsqualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer investiert wird. Und auch die Ablehnung von Mitbestimmungsrechten bei Einführung und An-

wendung neuer Technik wird noch sinnloser als sie es heute schon ist.

Der handlungsfähige Arbeitnehmer, der moderne Technik zu seinem Handwerkszweig machen kann, ist aber die Voraussetzung, um die spezifischen Vorteile unserer Volkswirtschaft auch für die Zukunft sichern zu können.

Unser Leitbild ist nicht die menschenleere Fabrik oder die Automatenbankfiliale. Denn die menschenleere Fabrik kann man fast überall auf der Welt aufstellen. Unsere Zukunftsvision ist eine andere: Wir wollen den modernen Betrieb und die moderne Verwaltung, in der qualifizierte, selbstbewußte und gut bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Hilfe modernster Technik gute, konkurrenzfähige und zukunftsorientierte Produkte und Dienstleistungen hervorbringen.

Politik, Unternehmen und Gewerkschaften sind nach meiner Überzeugung längst herausgefordert. Meine

Hoffnung ist, daß sie die Herausforderungen annehmen.

In den Materialien, die Ihnen für diesen Kongreß überreicht worden sind, ist ein Wort von Willy Brandt aus dem Jahre 1981 vorangestellt: "Die Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen erscheint vor dem Hintergrund der aktuellen Beschäftigungsprobleme in einem neuen Licht. Wurden im Zuge nahezu ungehinderten Wirtschaftswachstums mit dem Begriff von der 'Humanisierung der Arbeit' vornehmlich Verbesserungen an vorhandenen Arbeitsplätzen verbunden, so setzt die Diskussion heute schon einen Schritt früher an: Humanisierung der Arbeitswelt beginnt damit, daß Menschen die Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz und berufliche Entfaltungsmöglichkeiten haben. Anders ausgedrückt: Verbreitete Angst um den Arbeitsplatz und Humanisierung der Arbeit sind miteinander nicht vereinbar."

Diese Analyse ist heute noch genauso richtig, wie vor acht Jahren.